

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich <b>Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung</b>	Datum 09.07.2008
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. <b>02202/142237</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Rat</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 24. Juni 2008</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:06 Uhr - 20:09 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 24.04.2008 - öffentlicher Teil**  
382/2008
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung als sachkundige Einwohner**  
344/2008
- 6. Änderung der Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen**  
385/2008
- 7. Bestellung der Mitglieder der Einigungsstelle**  
384/2008

10. **Einwohnerfragestunde**  
*410/2008*
8. **Befristete Stellenbesetzungen in der Stadtplanung und der Stadtentwicklung;  
Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2008**  
*392/2008*
9. **Entgelteerhöhung Galeriekonzerte**  
*311/2008*
11. **Wirtschaftsplannachtrag 2008 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**  
*389/2008*
12. **Jahresabschluss 2007 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**  
*401/2008*
13. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen Bergisch Gladbach“**  
*351/2008*
14. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**  
*353/2008*
15. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**  
*387/2008*
16. **I. Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Bergisch Gladbach**  
*355/2008*
17. **Bebauungsplan Nr. 1551 - Ehem. Hermann-Löns-Kaserne - Erlass einer Veränderungssperre**  
*290/2008*
18. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 18.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.06.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**  
*412/2008*
- 18.2. **Antrag der BfBB-Fraktion vom 05.06.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**  
*413/2008*
19. **Anträge der Fraktionen**
- 19.1. **Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2008, die Geschäftsordnung solle in § 11 dahingehend geändert werden, dass Fachbereichsleiter nur dann an Ratssitzungen teilnehmen, wenn Tagesordnungspunkte Gegenstand der Beratungen sind,**

**die ihren Geschäftsbereich tangieren**

*372/2008*

- 19.2. Antrag der FDP-Fraktion vom 24.06.2008, die Stadt Bergisch Gladbach möge sich um den Standort einer Fachhochschule für Gesundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft bewerben**
- 19.3. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2008 zur Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am Wettbewerb „Europas schönster Wochenmarkt“**  
*418/2008*
- 20. Anfragen der Ratsmitglieder**
- 20.1. Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.08.2008 zu verschiedenen Themen betreffend den Ortsteil Gronau**  
*411/2008*
- 20.2. Mündliche Anfragen**

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1.     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2.     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 24.04.2008 - nichtöffentlicher Teil**  
*383/2008*
3.     **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4.     **Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen**  
*374/2008*
5.     **Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold nach der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**  
*407/2008*
6.     **Entpflichtung eines Prüfers**
- 6.a    **Abschluss eines Verkaufsvertrages und eines Ankaufsvertrages im Bereich der Straßen „Ball“ und „Kirchgasse“ in Herkenrath**  
**hier: Änderung der Beschlussvorschläge des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vom 04.07.2002 sowie 04.03.2003**  
*416/2008*
7.     **Anträge der Fraktionen**
8.     **Anfragen der Ratsmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@->

Bürgermeister Orth berichtet, dass das Ratsmitglied Frau Doris Alef (Fraktion KIDinitiative) ihr Ratsmandat mit Wirkung vom 09.06.2008 niedergelegt habe. Bereits in der letzten Ratssitzung habe er den Rat darüber informiert, dass auch das Ratsmitglied Frau Magda Ryborsch (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ihr Ratsmandat mit Wirkung vom 01.05.2008 niedergelegt habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Bürgermeister Herrn Christopher Lahres (Fraktion KIDinitiative) und Herrn Detlef Schnöring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Ratsmitglieder.

Bürgermeister Orth eröffnet daraufhin die 23. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Reitz (CDU-Fraktion), Herr Dresbach (SPD-Fraktion), Frau Beisenherz-Galas (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herr Gerhards (FDP-Fraktion) und Herr Brenneiser (BfBB-Fraktion) entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 11.06.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung - übersandt mit Schreiben vom 20.06.2008 - mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Hauptausschusses, des Finanz- und Liegenschaftsausschusses sowie des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr und folgenden Ergänzungen zur Tagesordnung: Ergänzung der Anlagen der Vorlage 351/2008 (TOP A 13) sowie die Vorlage 416/2008, zu der sich die Mitglieder des Finanz- und Liegenschaftsausschusses in nichtöffentlicher Sitzung am 19.06.2008 verständigt haben, sie dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen,
- einen Dringlichkeitsantrag der BfBB-Fraktion (Vorlage Nr. 415/2008) als Tischvorlage,
- einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion (Vorlage Nr. 417/2008) als Tischvorlage,
- einen Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion (Vorlage Nr. 418/2008) als Tischvorlage sowie
- einen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion als Tischvorlage.

Herr Orth schlägt vor, der Rat möge die Entscheidung über die Vorlage 416/2008 an sich ziehen und die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um die Behandlung dieser Vorlage als TOP B 6.a erweitern.

**Hiermit zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.**

Herr Orth erläutert, aus Sicht der Verwaltung seien in Bezug auf den Dringlichkeitsantrag der BfBB-Fraktion (Vorlage Nr. 415/2008) die Voraussetzungen für einen Dringlichkeitsantrag, der eine Erweiterung der Tagesordnung rechtfertigen würde, wegen fehlender Entscheidungskompetenz des Rates in der Sache nicht gegeben. Er schlage daher vor, den Antrag zurückzuweisen.

Herr Kamp entgegnet, die BfBB-Fraktion halte es dennoch für erforderlich, entsprechende Hinweise im Bereich der Autobahnabfahrten zu installieren.

Herr Schmickler erläutert dazu die Stellungnahme des Bürgermeisters in der Vorlage.

Herr Lang schlägt vor, der Antrag solle als Anregung an den Bürgermeister als Straßenverkehrsbehörde verstanden werden. Der Beschluss einer solchen Anregung falle in die Zuständigkeit des Rates.

Herr Orth verdeutlicht seine Bereitschaft, den Antrag als Anregung zu behandeln und auf seine Machbarkeit hin zu überprüfen. Darüber müsse jedoch kein Ratsbeschluss gefasst werden.

**Mit diesem Verfahrensvorschlag zeigen sich die Antragsteller und der Rat einvernehmlich einverstanden.**

Herr Orth erläutert in Bezug auf den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion (Vorlage Nr. 417/2008) die Stellungnahme des Bürgermeisters in der Vorlage.

**Herr Waldschmidt zieht den Antrag der SPD-Fraktion daraufhin zurück.**

Zum Antrag der CDU-Fraktion (Vorlage Nr. 418/2008) erläutert Herr Orth ebenfalls die Stellungnahme des Bürgermeisters in der Vorlage.

Herr Mömkes entgegnet, wenn die Verwaltung ohnehin beabsichtige, an dem Wettbewerb teilzunehmen, so könne der Rat heute auch den Antrag der CDU-Fraktion beschließen.

Herr Orth führt aus, die formalen Voraussetzungen für eine Erweiterung der Tagesordnung auf Grund äußerster Dringlichkeit seien auch in Bezug auf diesen Antrag nicht erfüllt. Die Rechtsprechung habe die Verwaltungspraxis, auf die turnusmäßigen - also im Sitzungskalender festgelegten - Sitzungen abzustellen, ausdrücklich für rechtswidrig erklärt und auf die Möglichkeit von „Sondersitzungen“ zur Vermeidung von Dringlichkeitsentscheidungen hingewiesen.

Dies wird von Herrn Widdenhöfer bekräftigt. Wenn eine („Sonder“-)Sitzung des Ra-

tes oder eines Ausschusses noch rechtzeitig einberufen werden könne - und dies sei in Bezug auf den vorliegenden Antrag der Fall - so werde das Erfordernis der äußersten Dringlichkeit für eine Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 48 Absatz 1 Satz 5 GO NRW laut Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes Münster nicht erfüllt.

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert Zweifel an den Erfolgsaussichten der Stadt Bergisch Gladbach bei einer Wettbewerbsteilnahme. Auf die Ausführungen von Herrn Orth entgegnet Herr Dr. Baeumle-Courth, es sei aus politischer Sicht wohl praktisch nicht möglich, innerhalb der Schulferien eine Sitzung zur Behandlung der vorliegenden Anträge einzuberufen. Insofern halte er die Argumentation des Bürgermeisters für nicht überzeugend und bitte darum, den Fraktionen eine ausführliche Darstellung der Rechtslage zu übermitteln.

Herr Orth weist darauf hin, es handele sich bei der vom Bürgermeister vertretenen Rechtsauffassung um die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes. Eine entsprechende Darstellung der Rechtslage stelle er den Fraktionen gerne zur Verfügung.

Für Herrn Lang fällt die Entscheidung, ob die Stadt an dem Wettbewerb „Europas schönster Wochenmarkt“ teilnehmen solle, in die Zuständigkeit des Bürgermeisters. Wenn dieser sich für eine Teilnahme entscheide, so sei kein Raum mehr für Ratsbeschlüsse über gleich lautende Anträge der Fraktionen.

Herr Dr. Fischer geht davon aus, dass die CDU-Fraktion über die Absicht des Bürgermeisters, an dem Wettbewerb teilzunehmen, nicht informiert gewesen sei. Er könne nicht nachvollziehen, dass der Bürgermeister den Rat nicht über den Antrag als Bestätigung der Absicht des Bürgermeisters abstimmen lasse.

Herr Waldschmidt plädiert dafür, die Geschäftsordnungsdebatte zu beenden und sich der Tagesordnung inhaltlich zuzuwenden.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag der CDU-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung abstimmen.

**Der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.**

Herr Orth schlägt vor, den Antrag (Vorlage Nr. 418/2008) unter TOP A 19 zu behandeln, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Herr Dr. Fischer beantragt, der Rat möge die Tagesordnung um den Antrag der FDP-Fraktion (Bewerbung um den Standort einer Fachhochschule) erweitern. Im Hauptausschuss sei über einen ähnlichen Antrag der CDU-Fraktion nicht abgestimmt worden, denn der Bürgermeister habe die Verwaltung nicht in der Lage gesehen, eine Bewerbung kurzfristig zu bearbeiten. Er verweise zur inhaltlichen Begründung auf den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion, aus deren Sicht die Angelegenheit keinen Aufschub dulde. Es gehe der FDP-Fraktion nicht allein darum, dass die Stadt Bergisch Gladbach im derzeit laufenden Auswahlverfahren einen Zuschlag als Fachhochschulstandort erhalte, sondern auch darum, dass jetzt ein erster Schritt in Richtung

einer mittelfristigen Erweiterung des Fachhochschulstandortes Bergisch Gladbach gemacht werde.

Herr Orth weist darauf hin, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 17.06.2008 zu dem ähnlich lautenden Antrag der CDU-Fraktion ein anderes Vorgehen vereinbart habe. Demnach werde die Verwaltung dem Hauptausschuss und damit auch dem Rat in einer der nächsten Sitzungen die beabsichtigte Vorgehensweise sowie die angestrebte Ausrichtung der Fachhochschule und die benötigten Ressourcen für eine mittelfristige Erreichung des Ziels „Erweiterung des Fachhochschulstandortes Bergisch Gladbach“ darlegen.

Herr Mömkes äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion. Man müsse zügig vorankommen und gegenüber der Landesregierung großes Interesse an einem Ausbau des Fachhochschulstandortes deutlich machen.

Herr Waldschmidt spricht sich für die Einhaltung der in der Sitzung des Hauptausschusses vereinbarten Vorgehensweise aus. Er verstehe nicht, warum dies nun erneut diskutiert werden müsse. Dies widerspreche den demokratischen Spielregeln, an die sich der Rat in der Vergangenheit auch gehalten habe.

Herr Nagelschmidt entgegnet, der Hauptausschuss habe zur Kenntnis genommen, dass der Bürgermeister keine Ressourcen für eine kurzfristige Bearbeitung der Bewerbung habe. Der Bürgermeister habe im Hauptausschuss kenntlich gemacht, er habe „alles im Griff“ und werde dem Ausschuss kurzfristig darstellen, wie vorzugehen sei.

Herr Orth widerspricht dieser Darstellung. Er habe darauf hingewiesen, dass der Verwaltung aktuell nicht die für eine kurzfristige und qualifizierte Bewerbung nötigen Ressourcen zur Verfügung stünden. Ihm selbst sei es deshalb darum gegangen, eine mittelfristige Perspektive für eine möglicherweise Erfolg versprechende Bewerbung aufzuzeigen. Seitens der Antrag stellenden Fraktionen werde jedoch vorzeitig Wahlkampf betrieben. Die beantragte kurzfristige Bewerbung könne nicht die Qualität der Bewerbungen erreichen, die andere Städte schon längst vorgelegt hätten. Es gehe den Antrag stellenden Fraktionen dabei wohl darum, dass die Stadt eine qualitativ geringwertige und damit erfolglose Bewerbung vorlege, damit dem Bürgermeister daraufhin sein angebliches Versagen vorgeworfen werden könne. Dieses Vorhaben sei jedoch „zu durchsichtig“.

Herr Jung kritisiert, es sei wohl eher der Bürgermeister, der vorzeitig Wahlkampf betreibe, denn er widerspreche sich in seinen Aussagen. Einerseits habe er angeblich keine Ressourcen für eine kurzfristige Bewerbung, andererseits habe er angeblich Ressourcen für eine mittelfristige Bewerbung.

Frau Kreft erinnert an den ergänzenden Antrag der SPD-Fraktion in der Hauptausschusssitzung in Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung einer neuen Fachhochschule. Die FDP-Fraktion beantrage nun wieder die Bewerbung um eine Fachhochschule für Gesundheitsberufe, obwohl gerade für diesen Bereich (neben dem Bereich Wirtschaft) in der Umgebung ausreichend Angebote bestünden. Es solle eine „Nische“ gefunden werden, damit Bergisch Gladbach auch ein wirklich interessanter Fachhochschulstandort werden könne.

Herr Schütz fragt, ob sich der Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion, sofern die Aufnahme in die Tagesordnung heute abgelehnt werde, in einen „normalen“ Antrag umwandle, der dann in der nächsten Sitzung behandelt werde. Dies wird seitens des Bürgermeisters bejaht. Herr Schütz führt weiter aus, zum Zeitpunkt der nächsten Sitzung sei die Bewerbungsfrist jedoch bereits abgelaufen. Er fragt, ob der Antrag dann im Ergebnis praktisch nur in einer „Sondersitzung“ noch vor der nächsten Ratssitzung behandelt werden könne.

Herr Orth antwortet, dass dies unter strenger Beachtung der geltenden Rechtsprechung korrekt sei.

Herr Dr. Fischer entgegnet, dass heute über den Antrag entschieden werden solle, da die Zeit sonst noch weiter fortschreite.

Herr Orth verweist noch einmal auf die in der Sitzung des Hauptausschusses vereinbarte Vorgehensweise und lässt daraufhin über den Antrag der FDP-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung abstimmen.

**Der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung wird mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der BfBB-Fraktion angenommen.**

Herr Orth weist darauf hin, dass der TOP A 19.1 (Vorlage Nr. 372/2008) auf Grund des Beratungsergebnisses in der Sitzung des Hauptausschusses, eine Entscheidung über den Antrag erst zu treffen, wenn die Rechtslage geklärt sei, von der Tagesordnung abgesetzt werden solle.

**Mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.**

2. **<-@**  
**Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

@->

Herr Orth berichtet, der Vorsitzende der BfBB-Fraktion habe sich mit der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 24.04.2008 in der Protokollierung zu TOP A 3 und TOP A 17 schriftlich nicht einverstanden erklärt. Herr Lang habe angekündigt, seine Einwände in der heutigen Sitzung mündlich vorzutragen.

Herr Lang erläutert, er wolle die auch schriftlich eingereichten Einwendungen verlesen, damit diese zur Niederschrift über die heutige Sitzung genommen werden.

Herr Lang verliest eine Stellungnahme zur Protokollierung zu TOP A 17 der Niederschrift über die vergangene Sitzung. Die Stellungnahme ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Herr Lang ergänzt, dass bei der durch die „Oppositionsfractionen“ vorgenommenen Akteneinsicht die „Bauakte“ nicht vorgelegen habe. Man sei sich jedoch darüber einig, dass man auch in diese Akte Einsicht nehmen wolle.

Herr Orth antwortet, er habe Herrn Lang in der vergangenen Sitzung anders verstanden. Es sei nicht deutlich geworden, dass sich der Antrag auf Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt nur auf eine Baugenehmigung und nicht auf die gesamte Sitzung bezogen habe.

Herr Schmickler ergänzt, dass es in den Gebäuden Nutzungsänderungen gegeben habe, die zum Teil erst nachträglich genehmigt worden seien. Diese nachträglichen Genehmigungen seien von der Bauaufsicht nach sorgfältiger Überprüfung erteilt worden. Dies sei auch Gegenstand politischer Beratungen bzw. Fragestellungen gewesen.

Herr Kötter erläutert, der Rat könne dem Rechnungsprüfungsamt jederzeit Prüfaufträge erteilen. In seinem Prüfbericht würde das Rechnungsprüfungsamt sich im vorliegenden Fall der Überprüfung einer baurechtlichen Angelegenheit dann auf eine Sachdarstellung des Verfahrensablaufs konzentrieren, da eine rechtliche Wertung schwierig sei.

Herr Orth fragt Herrn Lang, ob er darauf bestehe, dass der Rat über seinen Antrag abstimmen solle oder ob es ausreiche, wenn der Bürgermeister dem Rechnungsprüfungsamt den beantragten Prüfauftrag erteile. Herr Lang zeigt sich damit einverstanden, dass der Bürgermeister den Prüfauftrag selbst erteilt; dies sei auch Inhalt seines Antrages gewesen.

Daraufhin verliert Herr Lang eine weitere Stellungnahme zur Protokollierung zu TOP A 3 der Niederschrift über die vergangene Sitzung. Auch diese Stellungnahme ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Orth entgegnet, er sei der Auffassung, dass die Schriftführung mit ihrer Anmerkung keinesfalls eine beleidigende Aussage beabsichtigt habe und dass diese Anmerkung auch keine Beleidigung darstelle. Es handele sich lediglich um einen hilfreichen Einschub, der dazu diene, zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu vermeiden.

Herr Lang erläutert, er akzeptiere den Hinweis, dass keine Beleidigung beabsichtigt gewesen sei.

Herr Dr. Kassner bemerkt zur Protokollierung zu TOP A 11 (Seite 21 der Niederschrift), er habe sich zwar in den Zuschauerbereich begeben, jedoch nicht wegen Befangenheit.

Herr Hoffstadt bittet darum, die von Herrn Lang verlesenen Schriftstücke der Niederschrift als Anlage beizufügen, womit sich Herr Lang auch einverstanden erklärt.

**Mit diesen Ergänzungen wird die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 24.04.2008 - öffentlicher Teil - genehmigt.**

3. <-@  
**Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 24.04.2008 - öffentlicher Teil**

@->

Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Berichtes über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 24.04.2008 - öffentlicher Teil:

**Zu TOP A 17  
Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Asselborn -  
- Beschluss zu Stellungnahmen**

- Städtebaulicher Vertrag

- Beschluss als Satzung

163/2008

Die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung ist am 14.06.2008 öffentlich bekannt gemacht worden und damit rechtskräftig.

**Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.**

<-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

<-@

5. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderung als sachkundige Einwohner

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der derzeit geltenden Fassung werden folgende Beiratsmitglieder als sachkundige Einwohnerin/sachkundiger Einwohner in die aufgeführten Ausschüsse entsandt:

1. in den Planungsausschuss

als beratendes Mitglied Herr Hans Lauten anstelle des Herrn Peter Hillebrand

als stellvertretendes Mitglied Frau Susanne Müller anstelle des Herrn Hans Lauten

2. in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr

als beratendes Mitglied Herr Hans Lauten anstelle des Herrn Peter Hillebrand

als stellvertretendes Mitglied Herr Gerhard Cramer anstelle des Herrn Hans Lauten

3. in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

als stellvertretendes beratendes Mitglied Frau Regina Eberhardt anstelle des Herrn Wolfgang Boden

4. in den Sozialausschuss

als beratendes Mitglied Frau Regina Eberhardt anstelle des Herrn Hans Lauten

<-@

6. Änderung der Zusammensetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

1. **Auf Vorschlag des PROgymnasiums Bensberg e. V. (PRO Gehörlos) wird Frau Regina Eberhardt zum stimmberechtigten Mitglied des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gewählt.**
2. **Auf Vorschlag des PROgymnasiums Bensberg e. V. (PRO Gehörlos) wird Frau Susanne Müller zum stellvertretenden Mitglied des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gewählt.**

<-@

## 7. Bestellung der Mitglieder der Einigungsstelle

@->

Herr Lang fragt, warum bei Entsendungen immer bevorzugt Verwaltungsmitarbeiter berücksichtigt und warum für die Besetzung der Einigungsstelle nicht auch Ratsmitglieder vorgeschlagen würden. Zudem wolle er wissen, nach welchen Kriterien die in der Vorlage benannten Personen für den Vorschlag zur Besetzung der Einigungsstelle ausgesucht worden seien und ob der Bürgermeister gegenüber den vorgeschlagenen Verwaltungsmitarbeitern weisungsbefugt sei in Bezug auf ihre Aufgaben in der Einigungsstelle.

Herr Kreilkamp antwortet, die Auswahl der vorgeschlagenen Personen sei unter dem Gesichtspunkt der Sachnähe zu bestimmten Themenfeldern erfolgt, da in der Einigungsstelle Verwaltungsvorgänge sehr komplex und detailliert diskutiert und entschieden würden. Es sei bisher Konsens gewesen, keine politischen Diskussionen in die Einigungsstelle hinein zu tragen, weshalb die Einigungsstelle bisher nur mit Verwaltungsmitarbeitern besetzt worden sei. Tatsächlich könnte die Besetzung der Einigungsstelle aber auch anders geregelt werden.

Herr Lang bemerkt, er könne es nicht gelten lassen, Politiker generell als unsachlich, Verwaltungsmitarbeiter jedoch als sachlich darzustellen. Er habe mit seinen Fragen einen Denkanstoß geben wollen und frage zusätzlich, ob nicht auch die Gleichstellungsbeauftragte bei der Besetzung der Einigungsstelle berücksichtigt werden könnte.

Herr Kreilkamp entgegnet, es sei nicht Inhalt seiner Aussage gewesen, dass die Politik unsachlich entscheide. Er habe darauf hinweisen wollen, dass sich zu bestimmten Fragen ein einheitliches, fraktionsbestimmtes Abstimmungsverhalten zeigen könne. Insofern gebe es nach gängiger Praxis eine Festlegung in bestimmten Fragestellungen zumindest innerhalb der Fraktionen. In der Einigungsstelle müssten jedoch häufig bisherige Positionen aufgegeben, überdacht und auf der Basis einer neuen Sichtweise Einigungen zwischen Personalrat und Verwaltung gefunden werden.

Man habe sich im Übrigen bemüht, bei der Besetzung der Einigungsstelle ein ausgewogenes Verhältnis zu finden zwischen der Anzahl an vorgeschlagenen männlichen und weiblichen Mitgliedern. Dies sei in der Gesamtzahl auch gelungen. Die Verwaltung werde jedoch die Repräsentanz von Frauen in der Einigungsstelle noch einmal neu überdenken; er habe diesbezüglich schon am heutigen Tage mit Frau Fahner gesprochen. Es sollte im Übrigen Ziel sein, die Einigungsstelle so selten wie möglich tagen zu lassen.

Herr Dr. Fischer bittet um Mitteilung der Rechtsgrundlage, nach der der Rat für die Entscheidung über den vorliegenden Beschlussvorschlag zuständig sei. Zudem wolle er wissen, warum die „Wahlperiode“ für die Einigungsstelle gerade jetzt beginne und wie lang diese sei und was genau die Formulierung „Eine anderweitige Besetzung der Einigungsstelle im Einzelfalle bleibt dem Rat vorbehalten.“ bedeute.

Herr Orth verweist zur Beantwortung dieser Fragen auf die Zuständigkeitsordnung und die Vorlage. Herr Kreilkamp antwortet ergänzend, die Besetzung der Einigungsstelle erfolge zum jetzigen Zeitpunkt, da der Personalrat gerade neu gewählt worden sei. Die Besetzung der Einigungsstelle gelte dann auch für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates, die im Landespersonalvertretungsgesetz auf vier Jahre festgelegt sei. Theoretisch sei es jedoch auch möglich, jeweils vor einer Sitzung der Einigungsstelle durch gesonderte Vorlage über die Besetzung der Einigungsstelle zu entscheiden, was er aus Gründen mangelnder Praktikabilität jedoch nicht empfehle.

Herr Schütz fragt, wie der Vorschlag für die Besetzung der Einigungsstelle zu Stande gekommen sei.

Herr Kreilkamp antwortet, es sei bei der Auswahl der Vorschläge auf die Nähe zu bestimmten Themenfeldern geachtet worden. Viele der vorgeschlagenen Verwaltungsmitarbeiter würden dem Personalbereich entstammen und/oder hätten auch einen juristischen Hintergrund, da die in der Einigungsstelle behandelten Aufgaben zumeist diesen Themenfeldern entstammen würden.

Er weise jedoch darauf hin, dass die Einigungsstelle keine abschließenden Entscheidungen treffen könne und je nach Themenfeld Rat oder Bürgermeister nicht an die Empfehlungen der Einigungsstelle gebunden seien.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

1. **Auf eine Beratung im zuständigen Hauptausschuss wird verzichtet.**
2. **Die Besetzung der Einigungsstelle wird entsprechend der beigefügten Vorlage beschlossen.**

<-@

## 10. Einwohnerfragestunde

@->

Herr Orth verliest und beantwortet folgende Fragen von Herrn Hoffmann zu einem Bericht des Kölner Stadt-Anzeigers vom 16.05.2007 über einen am Buchenkampsweg in Refrath liegen gebliebenen LKW des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln:

1. Hat der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln Schadenersatzansprüche an die Stadt Bergisch Gladbach gerichtet?
2. Ist der Buchenkampsweg in Refrath mittlerweile in LKW-tauglichem Zustand?
3. Hat es in der Zwischenzeit weitere Pannen dieser Art gegeben?
4. Weshalb übernimmt die Stadt Bergisch Gladbach mit ihrem Abfallwirtschaftsbetrieb nicht die Müllentsorgung an dieser Stelle und hat es ein ent-

sprechendes Angebot an den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln gegeben?

Antwort des Bürgermeisters zu 1.:  
„Nein.“

Antwort des Bürgermeisters zu 2.:  
„Ja.“

Antwort des Bürgermeisters zu 3.:  
„Das ist nicht bekannt.“

Antwort des Bürgermeisters zu 4.:  
„Diesen Fragen liegt die Vermutung zu Grunde, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb Köln auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet Entsorgungsleistungen vornimmt und/oder umgekehrt. Beides ist jedoch nicht der Fall. Die Stadt Bergisch Gladbach entsorgt mit ihrem Abfallwirtschaftsbetrieb auf ihrem Gebiet, die Stadt Köln entsorgt mit ihrem Abfallwirtschaftsbetrieb nur auf Kölner Stadtgebiet.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

8. <-@  
**Befristete Stellenbesetzungen in der Stadtplanung und der Stadtentwicklung;**  
**Antrag der CDU-Fraktion vom 07.04.2008**

@->

Herr Orth weist darauf hin, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 17.06.2008 dem Rat mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB eine vom Beschlussvorschlag abweichende Beschlussempfehlung gegeben habe, über die der Rat heute entscheiden solle.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **vom Beschlussvorschlag abweichenden Beschluss**:

<-@

@->

**In FB 6-611 wird eine Fachkraft im Rahmen eines auf drei Jahre befristeten Beschäftigungsverhältnisses eingestellt. Für die Stadtentwicklung wird eine Fachkraft im Rahmen eines auf drei Jahre befristeten Beschäftigungsverhältnisses eingestellt.**

9. <-@  
**Entgelteerhöhung Galeriekonzerte**

@->

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

**Die Erhöhung der Eintrittsgelder für die städtischen Galeriekonzerte zum**

01.10.2008 wird beschlossen.

11. <-@  
Wirtschaftsplannachtrag 2008 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

**Der Wirtschaftsplannachtrag wird in der aus der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Form beschlossen.**

12. <-@  
Jahresabschluss 2007 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

@->

Herr Ziffus weist auf die auf das Anlagevermögen vorgenommene Wertberichtigung in Höhe von 2,3 Mio. EUR hin. Es sei in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses darauf hingewiesen worden, dass dies nicht vorhersehbar gewesen sei. Genau dieses Risiko von Verlusten in Wertanlagen sei eines der Argumente der damaligen Opposition gegen den Verkauf der BELKAW und gegen die Anlage des Vermögens gewesen.

Herr Orth entgegnet, es handele sich nicht, wie von Herrn Ziffus dargestellt, um Spekulationsverluste, sondern um Werteverzehr.

Herr Lang äußert, die BfBB-Fraktion habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass es unsinnig sei, bei hohen Schulden Geld in Wertpapiere anzulegen und dass es einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verboten sei, zu spekulieren. Wer nun behauptete, man habe nicht spekuliert, der sage nicht die Wahrheit. Der Wert des bei Verkauf der BELKAW erzielten Erlöses in Höhe von 46 Mio. EUR sei bis Ende 2007 auf 37,763 Mio. EUR gesunken. Die Stadt habe also 8,237 Mio. EUR verloren, was insgesamt 18% oder durchschnittlich 2,23% jährlich entspreche. Die BfBB-Fraktion habe immer wieder gefordert, die Wertpapiere zu verkaufen und damit Schulden zu tilgen. Die Verwaltung habe dem entgegen gehalten, dass die Dividenden höher seien als die Zinsen für Kassenkredite. Die BfBB-Fraktion habe aber keine Sondertilgung der Kassenkredite angeregt, sondern eine Tilgung der langfristigen Haushaltsdarlehen. Dieser Hinweis sei inzwischen überholt. Die Verwaltung habe übersehen, dass bei einem Vergleich zuerst von den Dividenden der Wertverlust von jährlich 2,3% abzuziehen war. Der wirkliche Ertrag habe folglich im Jahresdurchschnitt weit weniger als 1% betragen. Man habe jedoch durchschnittlich bis zu 5% Zinsen für Darlehen gezahlt. Die BfBB-Fraktion bitte die Ratsmitglieder daher noch einmal, sich bei der vorliegenden Entscheidung so zu verhalten, wie sie es in eigener Sache tun würden und dem Antrag der BfBB-Fraktion zu folgen. Dies wäre die einzige wirtschaftliche Vernunft; dagegen müsse eine Fortsetzung des bisherigen Handelns als verantwortungslos bezeichnet werden.

Herr Mömkes erläutert, ein Jahresfehlbetrag in Höhe von fast 2,8 Mio. EUR sei natürlich ein Zustand, der nicht auf Dauer hinzunehmen sei. Die CDU-Fraktion werde sich in der zweiten Jahreshälfte mit dem Thema „Zukunft der Bädergesellschaft“ intensiv

auseinander setzen.

Herr Dr. Fischer führt aus, Herr Ziffus habe mit seinen Ausführungen im Prinzip Recht. Wenn die Ausschüttungen aus den Fonds der Bädergesellschaft nicht ausreichen, um die Verluste zu decken, dann werde Geld entnommen. Damit werde die ursprüngliche Zielsetzung, nämlich die Verluste der Bädergesellschaft mit dem Vermögen zu decken, nicht erfüllt. Ob man dies als „Kursverlust“ oder als „Entnahme von Vermögen“ bezeichne, sei unerheblich, denn das Vermögen sei geschrumpft und habe nicht ausgereicht, die Bädergesellschaft in ein finanzielles Gleichgewicht zu bringen. Nun müssten natürlich die Auswirkungen des Verkaufs des Mediterana genau beobachtet werden.

Herr Orth widerspricht den vorhergehenden Ausführungen. Dieses Geschäftsmodell, das der Rat „als Problem geerbt“ habe, sei von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Jahr 2000 aufgelegt worden. Wenn nun aber von „Spekulationsverlusten“ gesprochen werde, so sei dies inhaltlich nicht zutreffend. Die vorgenommenen Wertberichtigungen seien die Konsequenz eines gescheiterten Geschäftsmodells. Die Verwaltung sei gehalten gewesen, Wertsteigerungen - vor Allem der Aktien - zu realisieren, um damit außerordentliche Erträge zur Deckung der aus dem laufenden Betrieb der Bädergesellschaft resultierenden Verluste zu erwirtschaften.

Herr Mumdey ergänzt, es sei in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses nicht um die Fragen gegangen, ob der Verkauf der BELKAW-Anteile vorteilhaft oder nachteilig war, ob eine Anlage in Fonds sinnvoll sei oder ob die Bädergesellschaft oder ihr Geschäftsmodell sinnvoll seien. Es sei vielmehr um die Frage gegangen, dass die Zinsen angestiegen seien. Die Kreissparkasse habe letzte Woche mitgeteilt, dass die Stadt für Kassenkredite ca. 5,1% Zinsen zu entrichten habe. Zurzeit liege eine inverse Zinsstruktur vor, was bedeute, dass die Zinsen für kurzfristige Kassenkredite etwas höher seien als die Zinsen für langfristige Kredite. Wenn nun gleichzeitig die Fondsmanager eine Rendite von rund 5% prognostizieren, könnte natürlich der Zeitpunkt kommen, an dem man sich fragen müsse, ob es sich noch lohne, Kredite aufzunehmen. Die Verwaltung beobachte diese Entwicklung sehr genau. Herr Nagelschmidt habe angeregt, dass die Verwaltung für die nächste Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses verschiedene Szenarien berechnen und darstellen solle.

Herr Lang entgegnet, ein Zinsvergleich hinke, wenn die Verluste nicht berücksichtigt würden.

Auch wenn die derzeitige Situation vielleicht auf Entscheidungen beruhe, die vor dem Jahr 2004 mit einer Mehrheit von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion getroffen worden seien, so sei der Rat in seiner jetzigen Zusammensetzung für das verantwortlich, was seit Beginn der laufenden Ratsperiode geschehen sei und hätte in dieser Zeit die Situation ändern müssen.

Herr Schütz weist darauf hin, dass die Fraktion KIDitiative es immer für falsch gehalten habe, die BELKAW-Anteile zu verkaufen und das Geld in Aktien anzulegen. Mittlerweile habe sich herausgestellt, dass die Fraktion KIDitiative mit dieser Einschätzung Recht behalten habe. Er bitte darum, die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung unter Ziffer 2 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen. Er frage zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages, wann einmal eine andere Gesellschaft mit der Prüfung beauftragt werde. Die dort genannte Gesellschaft sei bereits seit sie-

ben oder acht Jahren mit der Prüfung beauftragt. Zudem wolle er noch einmal darauf hinweisen, dass die Verluste durch die Einführung von Benutzungsentgelten für die Schwimmvereine hätten gedämpft werden können. Diese Anstrengung des Aufsichtsrates sei jedoch durch die „Vereinsmeierei“ der Ratsmehrheit zunichte gemacht worden. Er könne auch nicht nachvollziehen, warum sich die CDU-Fraktion erst nach den Sommerferien mit der Bädergesellschaft befassen wolle. Die Fraktion KIDitiative habe dies ihrerseits bereits getan.

Herr Orth antwortet, die Frage der Beauftragung einer anderen Prüfungsgesellschaft sei im Aufsichtsrat diskutiert worden, was Herrn Schütz als Mitglied des Aufsichtsrates auch bekannt sei. Der Aufsichtsrat habe sich jedoch nach eingehender Prüfung für den vorliegenden Beschlussvorschlag entschieden.

Herr Mömkes entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Schütz, die Meinungsbildung sei in einer großen Fraktion natürlich langwieriger als in einer Fraktion von der Größe einer „Doppelkopfrunde“.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, dass der Rat und der Bürgermeister bereits viel unternommen hätten, um die Situation der Bädergesellschaft zu verbessern. So würden künftig die 800.000,- EUR Zuschuss an das Mediterana entfallen. Er bitte die Kritiker, ein öffentliches Bad zu benennen, welches eine ausgeglichene Bilanz vorlegen oder sogar Gewinne erwirtschaften würde. Ihm jedenfalls sei kein derartiges Bad bekannt. Der Rat und die Verwaltung würden, wie von Herrn Mumdey bereits dargestellt, die günstigsten Anlagemöglichkeiten sorgfältig beobachten und entsprechend handeln. Zudem treffe es zu, dass das bestehende Geschäftsmodell von einer Ratsmehrheit, bestehend aus CDU-Fraktion und FDP-Fraktion, beschlossen worden sei. Er könne die heute zur Schau gestellte Aufregung daher nicht nachvollziehen.

Herr Dr. Kassner kritisiert, es sei nach wie vor nicht bekannt, was der Betrieb der Bäder tatsächlich im Einzelnen koste. Diese Information benötige der Rat jedoch dringend. Von der Auflage in Zeiten des „Nothaushaltes“, die freiwilligen Leistungen um 10% zu kürzen, sei die Bädergesellschaft auch nicht betroffen gewesen. Aus seiner Sicht müsse die Bädergesellschaft in den städtischen Haushalt zurückgeführt werden.

Herr Kleine entgegnet, die von Herrn Dr. Kassner geforderten Auswertungen seien nicht abhängig von der Rechtsform der Gesellschaft, sondern von dem durch den Rat abgeforderten Informationsbedarf.

Herr Kamp äußert die Ablehnung der „Entlastung der Bädergesellschaft“ durch die BfBB-Fraktion. Dies sei jedoch keinesfalls so zu verstehen, dass die BfBB-Fraktion die Arbeit des Geschäftsführers nicht für eine gute Arbeit halte; das Gegenteil sei der Fall. Die Ablehnung erfolge auf Grund eines bereits vor Jahren gestellten Antrages der BfBB-Fraktion zur Prüfung der Bädergesellschaft, der bis heute nicht behandelt worden sei.

Herr Orth lässt daraufhin über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages in der von Herrn Schütz erbetenen Art und Weise getrennt abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion und eine Stimme aus den Reihen der Fraktion KIDitiative bei Enthaltung der übrigen Ratsmitglieder

aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

**Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt, in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2007 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von 2.786.070,75 EUR aus der Gewinnrücklage abzudecken.**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative und der BfBB-Fraktion bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

**Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt, den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt, den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

**Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt, für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2008 die BFJM Bachem Fervers Janßen Mehrhoff OHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.**

13. **<-@**  
**Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen Bergisch Gladbach“**

**@->**

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr habe sich die FDP-Fraktion auf Grund einiger Unklarheiten, die inzwischen ausgeräumt seien, enthalten.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass die Bilanz den in Bezug auf die Straßen bestehenden Sanierungsstau, der mit mindestens 100 Mio. EUR zu beziffern sei, nicht ausweise. Dies geschehe wahrscheinlich mit dem Zweck, die Abschreibungen und damit negativen Auswirkungen auf den Haushalt klein zu halten.

Herr Dr. Kassner entgegnet, dass bei der Bewertung der Straßen der Zustand der Straßen wohl in die Bewertung einbezogen worden sei und insofern kein Sanierungsstau in der Bilanz ausgewiesen werden müsse.

Herr Orth verweist Herrn Sonnenberg zur Beantwortung seiner Frage, warum der Jahresabschluss um ca. 2 Mio. EUR höher sei als in den Vorjahren, auf die Ausschussberatungen. Die Frage könne heute aus dem Stand nicht beantwortet werden.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2006 in  
Aktiva und Passiva mit 205.267.449,85 EUR

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem  
Jahresverlust von 12.840.099,39 EUR  
fest.

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2006 fest.

3. Der Jahresverlust 2006 wird

a) in Höhe von 11.145.192,00 EUR durch einen verlustabdeckenden Zuschuss aus allgemeinen Haushaltsmitteln abgedeckt

b) in Höhe von 1.694.907,39 EUR dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

<-@

14. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“**

@->

Herr Dr. Fischer äußert die Ablehnung der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages durch die FDP-Fraktion. Die FDP-Fraktion lehne die Abführung in Höhe von 100.000,- EUR an den städtischen Haushalt ab, da dies mittelfristig zu einer geringfügigen Erhöhung der Abfallgebühren führe.

Herr Orth lässt daraufhin über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des**

**uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2006 in  
Aktiva und Passiva mit 11.312.284,39 EUR  
  
Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem  
Jahresüberschuss von 421.147,91 EUR  
fest.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2006 fest.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der BfBB-Fraktion und gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

3. Der Jahresüberschuss 2006 wird
  - a) in Höhe von 321.147,91 EUR gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt
  - b) in Höhe von 100.000,00 EUR an den städtischen Haushalt abgeführt.

15. <-@  
**Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“**

@->

Herr Rickes äußert den Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sobald wie möglich Kostenmieten im Bereich Schulen zu berücksichtigen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW**

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2006 in  
Aktiva und Passiva mit 259.870.289,78 EUR

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von **139.446,05 EUR** fest.

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2006 fest.
3. Der Jahresüberschuss 2006 von 139.446,05 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die lt. Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr beschlossene Abführung an den städtischen Haushalt von 410.000,00 EUR mindert den Gewinnvortrag der Vorjahre entsprechend.

<-@  
16. **I. Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat beschließt die **I. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung)** in der Fassung der Vorlage.

<-@  
17. **Bebauungsplan Nr. 1551 - Ehem. Hermann-Löns-Kaserne - Erlass einer Veränderungssperre**

@->

Herr Nagelschmidt begibt sich wegen Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Für den Geltungsbereich des **Bebauungsplans Nr. 1551 - Ehem. Hermann-Löns-Kaserne - 1. Änderung** wird eine **Veränderungssperre** als Satzung beschlossen.

Herr Nagelschmidt kehrt an seinen Platz zurück.

<-@  
18. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

18.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.06.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen**

@->

Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

<-@  
18.2. **Antrag der BfBB-Fraktion vom 05.06.2008 zur Umbesetzung in verschiedenen**

## Ratsausschüssen

@->

Herr Orth erläutert, die BfBB-Fraktion habe unter anderem beantragt, dass Frau Alice Spicher an dritter Stelle vor Frau Margit Lang in die Stellvertreterliste der BfBB-Fraktion im Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann eingefügt werden solle. Dies sei jedoch widersprüchlich, da Frau Lang derzeit an zweiter Stelle der Stellvertreterliste stehe. Herr Orth bittet Herrn Lang um Konkretisierung.

Herr Lang entgegnet, es sei wohl eindeutig, wie der Antrag gemeint sei.

Herr Orth widerspricht dieser Einschätzung und schlägt vor, Frau Spicher an zweiter Stelle vor Frau Lang in die Stellvertreterliste einzufügen, womit sich Herr Lang einverstanden erklärt.

**Der Rat nimmt den Antrag inklusive der so vereinbarten Korrektur einstimmig an.**

<-@

### 19. Anträge der Fraktionen

#### 19.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2008, die Geschäftsordnung solle in § 11 dahingehend geändert werden, dass Fachbereichsleiter nur dann an Ratssitzungen teilnehmen, wenn Tagesordnungspunkte Gegenstand der Beratungen sind, die ihren Geschäftsbereich tangieren

@->

Der Antrag ist von der Tagesordnung abgesetzt worden (vergleiche TOP A 1).

<-@

#### 19.2. Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 24.06.2008, die Stadt Bergisch Gladbach möge sich um den Standort einer Fachhochschule für Gesundheitsberufe in staatlicher Trägerschaft bewerben

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um eine Änderung des Antrages der FDP-Fraktion. Die Formulierung „für Gesundheitsberufe“ solle gestrichen werden, um sich in Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung der Fachhochschule nicht zu früh festzulegen. In der Sitzung des Hauptausschusses sei dazu eine ganze Liste von möglichen Themen benannt worden. Zudem bitte er die Verwaltung um Darstellung des Personaleinsatzes, der für eine ernsthafte kurzfristige Bewerbung notwendig wäre. Er könne sich dies nur so vorstellen, dass ein oder zwei Verwaltungsmitarbeiter zur Bearbeitung dieser Bewerbung befristet von ihren üblichen Aufgaben freigestellt würden.

Herr Kleine entgegnet, die Ausführungen des Bürgermeisters, dass die Verwaltung mit der Erstellung einer derart kurzfristigen Bewerbung in Schwierigkeiten komme, sollten durchaus ernst genommen werden. Es müssten sich viele Bereiche der Verwaltung mit der Bewerbung befassen und er persönlich sei ebenfalls der Überzeugung, dass eine derart große Aufgabe nicht in nur sieben Wochen erledigt werden könne. Er spreche sich daher für das im Hauptausschuss vereinbarte Vorgehen aus. Wenn eine Ratsmehrheit jedoch den Antrag der FDP-Fraktion befürworte, so sollte

sie auch benennen, wie die dafür nötigen personellen und finanziellen Kapazitäten generiert werden können.

Herr Lang äußert Verständnis für die Bedenken des Bürgermeisters, zu einem späteren Zeitpunkt für das mögliche Scheitern einer Bewerbung verantwortlich gemacht zu werden, vor deren kurzfristiger Durchführung er heute warne. Diese Verantwortung könne und solle der Rat dem Bürgermeister jedoch heute abnehmen.

Herr Dr. Fischer bekräftigt seine Auffassung, dass sich eine Bewerbung für die Stadt Bergisch Gladbach mittelfristig lohne.

Herr Mömkes ergänzt, Bergisch Gladbach könne mit der Bewerbung „einen dicken Fisch an Land ziehen“. Dafür müsste natürlich eine große Anstrengung geleistet werden. Es müsse deutlich gemacht werden, dass Bergisch Gladbach Wissenschafts- und Bildungsstandort für die Zukunft sein wolle.

Dies wird von Herrn Nagelschmidt und Frau Graner bekräftigt. Herr Nagelschmidt fragt, wann wohl die nächste Chance bestehe, den Fachhochschulstandort Bergisch Gladbach zu erweitern. Er fragt zudem, welchen Zeitraum der Bürgermeister für eine gelungene Bewerbung benötigen würde und was bisher für die Etablierung und Entwicklung des Fachhochschul-Campus Gronau unternommen worden sei.

Herr Schmickler antwortet, dass sich zuständigkeithalber der Fachbereich 8 (Wirtschaftsförderung) mit der Schwerpunkt-Aufgabe befasse, einen regionalen Konsens herzustellen und ein mögliches Profil für die Fachhochschule zu erarbeiten. Dies sei jedoch in dem kurzen Zeitraum bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nahezu unmöglich.

Herr Orth ergänzt, er habe genau dies in der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses berichtet. Gerade im Bereich Gesundheitsberufe stehe ein regionaler Konsens in Frage.

Herr Waldschmidt verweist auf die in der Sitzung des Hauptausschusses getroffene Vereinbarung, an die sich der Rat halten solle. Sollte der Rat dem Antrag der FDP-Fraktion heute jedoch zustimmen, so bitte er den Bürgermeister darum, dem Rat darzustellen, welche anderen Arbeiten die Verwaltung auf Grund der kurzfristigen Bewerbung zurückstellen müsse oder nicht durchführen könne.

Herr Rosen bittet um Beantwortung der Frage von Herrn Nagelschmidt, wann wohl die nächste Chance bestehe, den Fachhochschulstandort Bergisch Gladbach zu erweitern.

Herr Orth entgegnet, er könne natürlich nicht prognostizieren oder gar garantieren, wann und ob sich für Bergisch Gladbach eine weitere Möglichkeit eröffnen werde. Er selbst sei ein begeisterter Anhänger der Idee, den Fachhochschulstandort Bergisch Gladbach zu erweitern. Für die von der CDU-Fraktion und nun auch der FDP-Fraktion beantragte Bewerbung sei es jedoch schlicht zu spät.

Herr Zalfen weist darauf hin, dass im Rat Einigkeit darüber bestehe, den Fachhochschulstandort Bergisch Gladbach zu erweitern. Die Verwaltung habe durch hohen und sehr qualifizierten Arbeitseinsatz eine erfolgreiche Teilnahme der Stadt Bergisch

Gladbach an der Regionale 2010 erreicht. Dies habe jedoch viele Ressourcen gebunden, was schließlich zu einem Antrag der CDU-Fraktion geführt habe, zwei Stellen in der Stadtplanung und Stadtentwicklung zu besetzen. Bei der beantragten Bewerbung um einen Fachhochschulstandort müssten wahrscheinlich ähnliche Schritte eingeleitet werden. Dies solle sich der Rat gut überlegen.

Herr Dr. Fischer formuliert eine Änderung des Antrages der FDP-Fraktion: „Bergisch Gladbach bewirbt sich um den Standort einer Fachhochschule in staatlicher Trägerschaft.“ Die Verwaltung solle durch Rücksprache mit den Ministerien sondieren, für welche inhaltlichen Ausrichtungen der Fachhochschule die besten Chancen bestünden und dies in der Bewerbung berücksichtigen. Er weise diesbezüglich auf die bestehenden Anknüpfungspunkte „Technologiepark“, „Fachhochschule der Wirtschaft“ und „b.i.b.“ hin, die unter dem Aspekt der regionalen Verträglichkeit ins Spiel gebracht werden sollten. Er wisse natürlich auch, dass trotz hoher Anstrengung das Risiko bestehe, mit der Bewerbung zu scheitern; man solle die sich eröffnenden Chance auf einen Erfolg dennoch nicht verstreichen lassen.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, man müsse nicht nur über öffentliche Fachhochschulen nachdenken. Das Landesprogramm sei nur eine von vielen Optionen. Er fragt, ob es seitens der Ratsfraktionen Kontakte zu den entsprechenden Landesministerien und dabei vielleicht Hinweise gebe oder gegeben habe, dass für Bergisch Gladbach eine Chance bestehe, eventuell Berücksichtigung zu finden. Er habe gehört, dass die Bewerberliste mittlerweile „zugebunden“ sei und unter den Bewerbern ein heftiges „Ringens“ stattfinde.

Herr Nagelschmidt erinnert an die noch ausstehende Beantwortung seiner Frage, welchen Zeitraum der Bürgermeister für die Herstellung eines regionalen Konsenses und eine gelungene Bewerbung benötigen würde.

Herr Orth antwortet, die Herstellung eines regionalen Konsenses sei ein aufwendiges Verfahren, das natürlich von den Einstellungen und Reaktionen der regionalen Akteure abhängt. Eine eindeutige Aussage könne daher nicht getroffen werden; die Erfahrung mit anderen Projekten zeige jedoch, dass dies mindestens drei Monate in Anspruch nehmen würde.

Herr Mömkes antwortet auf die Frage von Herrn Dr. Baeumle-Courth, die Landesregierung habe die Bewerbung ausgeschrieben und eine Bewerbung sei nie chancenlos. Zudem entgegnet Herr Mömkes auf die Ausführungen von Herrn Orth, dass er sich frage, warum der Bürgermeister nicht von sich aus rechtzeitig eine Bewerbung vorbereitet habe.

Frau Hammelrath erläutert, es gebe Bewerbungen aus dem Ruhrgebiet, insbesondere der Region um Bochum, aber auch aus Ostwestfalen, und diesbezüglich würden sich gerüchteweise wohl auch schon Entscheidungstendenzen für die Auswahl als Fachhochschulstandort abzeichnen.

Sie sehe für Bergisch Gladbach allenfalls noch eine sehr geringe Chance, sich im laufenden Bewerbungsverfahren um eine Dependence einer bestehenden Fachhochschule zu bewerben. Bergisch Gladbach sei jedoch sicherlich nicht, wie in der bisherigen Diskussion mehrfach angesprochen, der „Nabel der Welt in Sachen Gesundheitswesen“. Das Bergische und Oberbergische Land gelte beispielsweise vielmehr als „Automotive-Standort“.

Frau Hammelrath, Herr Kleine und Herr Waldschmidt sprechen sich noch einmal für die in der Sitzung des Hauptausschusses vereinbarte Vorgehensweise aus. Herr Waldschmidt ergänzt, Bergisch Gladbach solle sich nicht nur als Standort für öffentliche, sondern auch als Standort für private Fachhochschulen anbieten.

Herr Schütz entgegnet, die Fraktion KIDitiative werde den Antrag unterstützen, denn man solle eine - wenn auch möglicherweise nur geringe - Chance nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Herr Dr. Bernhauser plädiert für die Erweiterung der kommunalen Bildungslandschaft, die neue Impulse und Dynamik in die Stadt bringen könne. Die Stadt müsse dafür jedoch offiziell ihr Interesse und ihre Bereitschaft bekunden und deshalb eine kurzfristige Bewerbung vornehmen.

Frau Koshofer bittet darum, bei der Vorbereitung der Bewerbung solle auch die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu Rate gezogen werden. Wie bereits von Herrn Dr. Fischer beantragt, solle die Formulierung „für Gesundheitsberufe“ aus dem Antragstext gestrichen werden.

Herr Orth weist darauf hin, dass die Verwaltung nicht über die Ressourcen verfüge, den vorliegenden Antrag in dem verlangten Umfang komplett selbst zu bearbeiten und daher sehr wahrscheinlich kurzfristig auch einen externen Auftrag vergeben müsse.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und gegen zwei Stimmen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei vier Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **modifizierten Beschluss**:

**Bergisch Gladbach bewirbt sich um den Standort einer Fachhochschule in staatlicher Trägerschaft.**

<-@  
**19.3. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2008 zur Teilnahme der Stadt Bergisch Gladbach am Wettbewerb „Europas schönster Wochenmarkt“**

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, welchen Personalaufwand die Bearbeitung der Bewerbung für den Wettbewerb „Europas schönster Wochenmarkt“ verursachen werde.

Herr Orth antwortet, mit der Bewerbung werde eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter einen Arbeitstag lang beschäftigt sein.

Herr Ziffus fragt, mit welchem Wochenmarkt sich die Stadt bewerben solle.

Herr Orth antwortet, es handele sich um den Wochenmarkt auf dem Konrad-Adenauer-Platz.

Herr Dr. Baeumle-Courth und Herr Ziffus äußern Bedenken in Bezug auf die Erfolgsaussichten einer Wettbewerbsteilnahme.

Herr Lang fragt, ob es unzulässig sei, diesen Antrag in der heutigen Sitzung zu behandeln, da der Bürgermeister die Dringlichkeit des Antrages zu Beginn der Sitzung verneint habe.

Herr Orth antwortet, der Rat habe entgegen seiner Empfehlung beschlossen, den Antrag in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen.

Herr Lang entgegnet, dann müsse der Bürgermeister diesen Beschluss gemäß der Gemeindeordnung wegen Rechtswidrigkeit beanstanden.

Herr Orth nimmt den Hinweis zur Kenntnis.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen fünf Stimmen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

**Die Stadt Bergisch Gladbach nimmt am Wettbewerb „Europas schönster Wochenmarkt“ teil.**

20. <-@  
**Anfragen der Ratsmitglieder**

20.1. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.08.2008 zu verschiedenen Themen betreffend den Ortsteil Gronau**

@->

Herr Dr. Miede erläutert, die zweite Frage der SPD-Fraktion sei in der Stellungnahme der Verwaltung nicht ausreichend beantwortet worden.

Herr Martmann antwortet, es könne derzeit tatsächlich kein genauer Zeitplan festgelegt werden. Es sei beabsichtigt, jetzt die Planungen in Auftrag zu geben. Die Schule lege großen Wert darauf, die Turnhalle noch möglichst lange nutzen zu können, damit kein längerer Zeitraum überbrückt werden müsse mit einem Ausweichen in die Turnhalle am Ahornweg. Baubeginn sei im Frühjahr 2009; mit einer Fertigstellung sei Ende 2009, vielleicht aber auch erst Anfang 2010 zu rechnen.

Herr Dr. Miede entgegnet, die Verwaltung müsse jetzt dringend mit der Schule erörtern, welche Ausweichmöglichkeiten während der Bauphase bestünden. Die Hallenbelegung müsse auf Grund der bekanntlich hohen Auslastung der Sporthallen bereits jetzt geplant werden. Dies sei auch Wunsch der Schule.

Herr Martmann antwortet, dafür sei die Schulverwaltung zuständig. Er gehe davon aus, dass die Schulleitung diesbezüglich mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen. Eine Information über die Baumaßnahme habe die Schulleitung erhalten.

Herr Schmickler aktualisiert die Antwort der Verwaltung zur ersten Frage der SPD-Fraktion. Er habe gestern Abend und heute Morgen bedauerlicher Weise Nachricht erhalten, dass zwei der drei bisherigen Wettbewerbsteilnehmer an der zweiten Phase

des Wettbewerbs wohl nicht teilnehmen würden. Diesbezüglich werde er kurzfristig mit der Regionale-Agentur und den übrigen Beteiligten Gespräche führen.

<-@  
**20.2. Mündliche Anfragen**

@->

Herr Ziffus: Anfragen zum Parkhaus am evangelischen Krankenhaus

Herr Ziffus verliest drei Fragen, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind und bittet um schriftliche Beantwortung.

Herr Dr. Kassner: Anfragen zum städtebaulichen Memorandum

Herr Dr. Kassner erläutert, er habe für diese Sitzung erwartet, dass der Bürgermeister unter Tagesordnungspunkt A 4 („Mitteilungen des Bürgermeisters“) darüber berichte, dass das Projekt „stadt :gestalten“ von NRW-Bauminister Oliver Wittke den „A-Stempel“ erhalten habe.

Herr Dr. Kassner fragt, ob der Bürgermeister ebenfalls der Meinung sei, dass ein Projektbaustein „Beteiligung“ unverzichtbar sei und wann und zu welchem der beiden Projektbausteine „Stadtkulturgarten“ und „Bahnhof“ der Bürgermeister gemäß den Anforderungen der Regionale 2010 mit der Beteiligung der Bürgerschaft beginnen wolle und für welche Teilaktivitäten eine Beteiligung vorgesehen sei. Er fragt zudem, ob der Bürgermeister die Auffassung der CDU-Fraktion teile, dass dazu sofort ein entsprechender Zeitplan und Projektplan zu entwickeln und vorzulegen seien. In dem auf Seite 128 des städtebaulichen Memorandums aufgestellten Zeitplan werde zwar auch der Projektbaustein „Projektkommunikation/Öffentlichkeitsarbeit - Gesamtprojekt“ mit einem Zeitplan dargestellt; der Zeitplan sehe für diesen Projektbaustein einen Beginn im Januar 2008 vor. Dies sei jedoch bisher nicht geschehen.

Herr Orth bittet um Entschuldigung, eine Mitteilung über den Erhalt des „A-Stempels“ versäumt zu haben. Er weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern heute auch jeweils ein Exemplar des städtebaulichen Memorandums vorgelegt worden sei.

Frau Müller-Veit antwortet, es sei korrekt, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung ein wesentlicher Aspekt der Teilnahme an dem Regionale-Prozess sei. Die Verwaltung habe das Büro Pech und Partner für die Projektkommunikation beauftragt. Derzeit würden mit Akteuren Besprechungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung geführt. Zum Projektaufakt, der etwa zwei bis drei Wochen nach den Sommerferien stattfinden werde, würden auch der „breiten Öffentlichkeit“ alle drei Kernbausteine vorgestellt. Es gebe in jedem Kernbaustein unterschiedliche Projekte. Der im Memorandum aufgeführte Zeitplan sei eine verkürzte Darstellung des Ablaufs der Projekte. Die Öffentlichkeit werde jedoch an jedem Einzelprojekt an jeweils mehreren Stellen beteiligt. Dabei werde die Möglichkeit bestehen, Wünsche zu äußern, Planungen zu beurteilen und sich bei Ergebnispräsentationen zu informieren. Die Verwaltung könne zwar nicht für jedes Einzelprojekt umfangreiche Wettbewerbe durchführen, werde aber in jedem Baustein die Öffentlichkeit an den Qualifizierungsverfahren beteiligen.

Herr Dr. Kassner ergänzt, er sei der Meinung, dass ein solcher Plan zur Öffentlichkeitsbeteiligung den Ratsmitgliedern vorgestellt werden müsse.

Frau Müller-Veit antwortet, ein detaillierter Zeitmaßnahmeplan habe im Hauptausschuss vorgelegen, werde fortgeschrieben und dem Projektbeirat in seiner morgigen Sitzung vorgestellt. Die Verwaltung werde den Zeitmaßnahmeplan im Planungsausschuss stärker kommunizieren, um es den Ratsmitgliedern zu ermöglichen, die Einzelprojekte besser zu verfolgen.

#### Herr Dr. Kassner: Anfrage zum Bebauungsplan 2162 - Feuerwache

Herr Dr. Kassner erläutert, am 30.06.2005 sei im Planungsausschuss die weitere Beratung des Bebauungsplans 2162 - Feuerwache - vertagt worden und verlangt worden, dass weitere planerische Überlegungen gemeinsam mit dem westlichen Teil des Bebauungsplans Hammermühle beraten werden sollen. Herr Dr. Kassner fragt, wann ein der Stadtentwicklung dienendes, östliches Eingangstor verkehrlich und städtebaulich geschaffen, also die seit nunmehr drei Jahren ruhende Planung wieder aufgenommen werde.

Frau Müller-Veit antwortet, die Planungen seien aufgenommen und die Verkehrsplanungen abgeschlossen, aber noch nicht kommuniziert worden. Im Hauptausschuss und im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sei vereinbart worden, dass alle Ergebnisse gemeinsam mit der Politik vor einer Beratung in den Ausschüssen strukturiert würden. Ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden werde unmittelbar nach den Sommerferien stattfinden.

#### Herr Nagelschmidt: Anfrage zu den Eintrittspreisen des Mediterana

Herr Nagelschmidt erläutert, es sei vom Bürgermeister und dem Geschäftsführer des Mediterana in der Diskussion um den Verkauf des Mediterana geäußert worden, dass vergünstigte Eintrittspreise für Bürger der Stadt Bergisch Gladbach angedacht seien. Er fragt, ob es dazu mittlerweile konkrete Vereinbarungen oder Ankündigungen seitens der Betreibergesellschaft gebe und wenn ja, mit welchen Preisnachlässen die Bürger rechnen können.

Herr Orth antwortet, nicht er, sondern der Geschäftsführer des Mediterana habe dies angekündigt. Ihm lägen dazu derzeit keine Informationen vor.

#### Frau Schu: Anfrage zur Erweiterung des Parkplatzes „Duckterather Weg“

Frau Schu bittet um eine Sachstandsmitteilung zur Parkplatzerweiterung „Duckterather Weg“.

Herr Schmickler antwortet, ihm liege seit gestern das Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung vor. Dieses werde im Moment ausgewertet; danach könnten weitere Schritte eingeleitet werden.

#### Herr Schwamborn: Anfrage zur Stadtteilbücherei Bensberg

Herr Schwamborn erläutert, der von der Stadt für die Bücherei im PROgymnasium abgestellte Bibliothekar sei seit dem 18.06.2008 erkrankt. Bis heute habe es das forum nicht geschafft, einen adäquaten Ersatz in die Stadtteilbücherei Bensberg zu schicken, obwohl das forum dazu verpflichtet sei. Er fragt, wann und wie dieser Zustand geändert werde und wann das forum Nachricht erhalten werde, dass der Bibliothekar in der Stadtteilbücherei Bensberg krankheitsbedingt fehle.

Herr Mumdey antwortet, ihm sei seit dem 20.06.2008 bekannt, dass der Mitarbeiter krankheitsbedingt fehle. Er selbst werde sich in dieser Woche um eine Lösung bemühen. Die Bensberger Bücherei unterstehe nicht dem forum, sondern unmittelbar dem Fachbereich 4.

#### Herr Galley: Anfrage zur Straße „In der Auen“

Herr Galley erläutert, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr habe vor einigen Wochen auf Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion den Beschluss gefasst, auf dem Fahrbahnbelag der Straße „In der Auen“ am Ein- und Ausgang der Tempo-30-Zone ein entsprechendes Verkehrszeichen anzubringen. Er fragt, wann dies vorgenommen werde.

Herr Schmickler antwortet, dieser Beschluss sei bereits vor mindestens zwei Wochen durchgeführt worden.

#### Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfragen zu den Filmarbeiten in der Bergisch Gladbacher Innenstadt

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, vom 17.06.2008 bis zum 19.06.2008 seien in der Bergisch Gladbacher Innenstadt Filmarbeiten durchgeführt worden. Er fragt, wer die Filmerlaubnis erteilt habe und welchen konkreten finanziellen Vorteil die Stadt neben einem möglichen Image-Vorteil von dieser Genehmigung habe und welche Absprachen getroffen worden seien, um das öffentliche Leben in der Stadt und auch die Arbeit im Rathaus möglichst wenig zu stören.

Herr Widdenhöfer antwortet, bei den Filmarbeiten habe es sich um eine Sondernutzung gehandelt, für die natürlich Gebühren nach der Sondernutzungssatzung und dem Gebührentarif abgerechnet worden seien. Zur Gebührenhöhe könne er heute jedoch keine näheren Informationen geben.

Herr Schmickler ergänzt, die Verwaltungsarbeit im Rathaus sei durch die Filmarbeiten nicht beeinträchtigt worden. Auch die Nutzung des Rathauses sei natürlich - vom dafür zuständigen Fachbereich 8 - in Rechnung gestellt worden.

#### Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Tourismusförderung

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, er habe gelesen, dass der Tourismus im Bergischen Land im Quartalsvergleich zum Jahr 2007 stagniere. Für Bergisch Gladbach bestehe sogar eine negative Tendenz. Er fragt, welche Maßnahmen der Bürgermeister für eine Förderung des Tourismus für sinnvoll halte.

Herr Schmickler antwortet, die Verwaltung habe dem Hauptausschuss diesbezüglich vor einiger Zeit ein Konzept vorgelegt und es sei ein ganzer Maßnahmenkatalog beschlossen worden. Diese Maßnahmen wolle die Verwaltung sukzessive umsetzen.

#### Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Bahndamm-Trasse

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht zur Bahndamm-Trasse, um die es in letzter Zeit „sehr still gewesen“ sei.

Herr Orth antwortet, am heutigen Tage finde ein Gespräch zwischen der Verwaltung und dem Landesbetrieb Straßen.NRW zur Frage der Umweltverträglichkeitsprüfung statt. Vor einer Woche habe ein „Spitzengespräch“ bei Herrn Minister Wittke, an dem auch er selbst teilgenommen habe, stattgefunden. Er sei sehr zuversichtlich, dabei die notwendige politische Unterstützung von Seiten der Landesregierung für das Projekt gewonnen zu haben. Herr Schmickler bestätigt diese Einschätzung.

#### Herr Kamp: Anfragen zur Situation an der Saaler Mühle

Herr Kamp berichtet, in diesem Jahr habe sich das Federvieh - insbesondere die Gänse - an der Saaler Mühle stark vermehrt, was zu erheblichen Verschmutzungen der Wege durch Vogelkot geführt habe. Er fragt, was die Verwaltung dagegen tun wolle. Zudem sei eine Insel im See mittlerweile zu Fuß erreichbar und er frage sich, warum dort immer noch ein Schild mit der Aufschrift „Fischereibrutzone“ aufgestellt sei.

Herr Schmickler antwortet, es sei der Verwaltung bekannt, dass einige Teiche erheblich verschlammt seien und es würde derzeit geprüft und erörtert, was dagegen unternommen werden könne. Nach den Sommerferien sei außerdem ein Termin mit Vertretern des Kreises anberaumt, bei dem der Erfolg der in den vergangenen Monaten in Bezug auf die Gänse unternommenen Maßnahmen erörtert werde. Es sei schwierig, die Bestände zu dezimieren; die Verwaltung beschäftige sich jedoch intensiv damit, die beschriebenen negativen Auswirkungen auf die Wiesen und Wege zu vermindern.

#### Herr Kraus: Anfrage zum Bürgerhaushalt

Herr Kraus berichtet, er habe bei der Aufstellung des städtischen Haushaltes für das Jahr 2008 die Beteiligung der Bürgerschaft in Form eines „Bürgerhaushaltes“ vermisst. Er fragt, ob für die kommenden Haushaltberatungen wieder eine Bürgerbeteiligung mittels eines „Bürgerhaushaltes“ geplant sei.

Herr Mumdey antwortet, die Verwaltung habe sich mit dieser Frage befasst. Die Bürger, die sich am letzten Bürgerhaushalt beteiligt hätten, seien nach seinen Beobachtungen darüber frustriert gewesen, dass der Rat sich mit den Anregungen der Bürger nicht ausreichend befasst habe. Umgekehrt habe er den Eindruck gehabt, dass auch der Rat mit den Anregungen der Bürger nicht zufrieden gewesen sei. Für die kommenden Haushaltsberatungen sei deshalb eine Bürgerbeteiligung über das Internet geplant. Bevor es zu einer Beschlussfassung im Rat komme, werde die Verwaltung die wesentlichen Eckpunkte und bestimmte Details des Haushaltes im Internet veröffentlichen und der Bürgerschaft damit die Möglichkeit geben, sich zu informieren und

mit der Verwaltung bezüglich des Haushaltes zu kommunizieren.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@